Bremen gehört uns Allen

Leitantrag Linksjugend Bremen für das Kalenderjahr 2025

Politischer Jugendverband heißt für uns realpolitisch!

Die Politik ist in den letzten Monaten erschreckend hart, aggressiv und rechts geworden. **Das lassen wir uns nicht bieten!**
Denn auch in Bremen ist der Rechtsruck spürbar, zum Beispiel hat der Bremer Innensenator Mäurer aus der SPD-Fraktion im Dezember 2024 versucht das Kirchenasyl zu brechen. Wir sind auf die Straße gegangen!
Nur einige Monate zuvor, im Juni, hat die rot-rot-grüne Koalition in Bremen das Bettelverbot beschlossen. Wir sind auf die Straße gegangen! Und haben in den kalten Monaten warmes Essen im Rahmen einer Küche für Alle verteilt.
Und jetzt, im März 2025, wurde bei rot-rot-grüner Zustimmung die Erhöhung der Studiengebühren um 25 Prozent beschlossen.
Obwohl wir gerne mit der Partei zusammen arbeiten, sind und bleiben wir ein parteipolitisches Korrektiv und müssen in den kommenden Monaten in Forderungen und Kritik laut bleiben und werden! So darf rot-rot-grüne Politik nicht aussehen!
Unsere Antwort auf den Rechtsruck und menschenfeindliche Politik soll es bleiben auf die Straßen zu gehen und tatsächlich etwas zu verändern!

Und auch Antifeminismus, Frauenhass und Sexismus scheinen mit dem Rechtsruck stärker geworden zu sein - oder mindestens salonfähiger. Um dem entgegen zu treten, werden wir FLINTA* Personen stärken, FLINTA*- only Plena und Treffen anbieten. In unseren landesweiten Strukturen werden wir Awareness-Strukturen verankern und so sichere Räume für diskriminierte und von Übergriffen betroffene Personen schaffen.

Echte gesellschaftliche Veränderung kann nur durch kollektiven Widerstand und Solidarität erreicht werden. Wir müssen mit Gewerkschaften zusammenarbeiten, um soziale Kämpfe effektiv zu führen. Wir wollen mit der Verdi Jugend Bremen, DGB Jugend Bremen und der IG Metall Bremen streiken. Gemeinsam organisiert und widerständig können wir eine gerechte und solidarische Gesellschaft erkämpfen.

Echte Zukunftsperspektiven statt Wehrpflicht

In einer Zeit, in der globale Konflikte und die Bedrohung durch militärische Auseinandersetzungen wieder vermehrt in den öffentlichen Diskurs rücken, ist es unabdingbar, eine kritische antifaschistische und antimilitaristische Haltung einzunehmen – auch in Bezug auf nationale Sicherheitspolitik und staatliche Propaganda.

Mit Sorge beobachten wir die zunehmende Präsenz von Bundeswehrwerbung in unmittelbarer Nähe zu Bildungseinrichtungen. Schulen sollten Orte der kritischen Auseinandersetzung und des selbstbestimmten Lernens sein – nicht Schauplätze staatlicher Propaganda, die den Krieg und militärische Lösungen verherrlicht. Diese Entwicklung untergräbt den demokratischen Bildungsauftrag und setzt junge Menschen einer ideologisch gefärbten Sichtweise aus, die zu Militarismus und Gewaltbereitschaft führt. Wir positionieren uns **gegen's Werben fürs Sterben**!

Die aktuelle Debatte über eine Rückkehr zur Dienstpflicht ist Teil einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft, die wir nicht hinnehmen.
Während die Bundesregierung Milliarden für Aufrüstung ausgibt und sich in weltweite Konflikte verstrickt, sollen junge Menschen nun wieder zu militärischem Gehorsam und Dienst an der Waffe gezwungen werden. Das lehnen wir ab!
Wir brauchen keine Wehrpflicht, sondern eine Perspektive für junge Menschen. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich auf soziale Gerechtigkeit, Solidarität und zivile Konfliktlösung konzentriert.

Wo wollen wir in Bremen hin? Linksjugend hilft!

Während unser letzten Zukunftswerkstatt wurde deutlich, wir wollen und müssen einen starken Fokus auf Auszubildende, Studierende und Schüler*innen legen.
Schüler*innen, Auszubildende und Azubis sind oft von sozialer Ungleichheit, Bildungsungerechtigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Die Zukunftsperspektiven sind unsicher, die Ausbilungsbedingungen schlecht, die Mieten unbezahlbar und der Leistungsdruck hoch.

Deswegen positionieren wir, die Linksjugend Bremen, uns gegen die Erhöhung der Studiengebühren um etwa 94€. Studiengebühren sind eine soziale Hürde, die Erhöhung der Gebühren verschärft soziale Ungleichheiten und sorgt dafür, dass Bildung weiter von sozialer Herkunft abhängig ist. Stattdessen fordern wir echte Unterstützung!
Wir fordern eine sozial gerechte Bildungspolitik, dass heißt auch eine gebührenfreie Bildung, ein herkunftsunabhängiges, elternunabhängiges, bedarfsdeckendes, unbefristetes, rückzahlungsfreies BAföG für alle und bessere finanzielle Unterstützung für Studierende durch das Land Bremen - statt zusätzlicher finanzieller Belastung.

Auch wir als Jugendverband wollen Schüler*innen, Studenten und Auszubildenden aktiv unterstützen. Dazu werden wir die Aktion Linksjugend hilft! ins Leben rufen und Veranstaltungen wie Lerncafés und Hausaufgabenhilfe anbieten und auch in der O-Woche an den Unis präsent werden.

Wir wachsen über uns hinaus!

Wir sehen, dass immer mehr Menschen ihre unfaire Lebensrealität nicht länger hinnehmen wollen - vor allem an den Wahlerfolgen der Linken ist das zuerkennen. In Bremen erzielt die Linke, bei der Bundestagswahl im Februar dieses Jahres, ein Ergebnis von 15,5 Prozent. Das Ergebnis der Linken Bremen hat sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 beinah verdoppelt, im Vergleich zur Europawahl fast verdreifacht - das schenkt Hoffnung und Mut. Hoffnung, aus der wir Kraft und Energie für die Bürgerschaftswahl und den Jugendwahlkampf 2027, und für die Straßen- und außerparlamentarischen Kämpfe, die auf uns zukommen, schöpfen werden.

Aber nicht nur die Partei hat enormen Zulauf, auch unser Jugendverband wächst über sich hinaus! Seit einigen Monaten gibt es in Bremen nicht mehr nur eine Basisgruppe, sondern zwei.
In Bremerhaven - in dem Stadtteil, in dem nach Blumenthal die AfD bei der Bundestagswahl 2025 die meisten Prozente einholen konnte. Trotz des Wahlergebnisses zeigt sich, dass die Bremerhavener Jugend den Rechtsruck nicht hinnimmt!
Wir wollen die Basisgruppe Bremerhaven bei Aktionen unterstützen, nach Bremerhaven mobilisieren und klare Kante gegen den Faschismus zeigen. Wir wollen die Basisgruppe aktiv mit in den Landesverband einbinden, dazu gehört auch, dass wir die neue Basisgruppe regelmäßig in Präsenz besuchen.
Dazu werden wir unteranderem einen Basisgruppenrat einrichten und Basisgruppensprecher*innen beider Gruppen wählen, um für eine bessere Verbindung von Bremen und Bremerhaven zu sorgen.

Damit wir die vielen Neumitglieder langfristig halten, liegt es nun an uns, sie einzubinden und ihnen Möglichkeiten zu bieten, politisch aktiv zu werden. Wir müssen beständig Basisarbeit leisten. Zusätzlich werden wir als Landesverband in beiden Basisgruppen Workshops zu How to Linksjugend und Skillshares anbieten. Gleichzeitig wollen wir Theorieveranstaltungen, zum Beispiel im Rahmen der Plena der Basisguppen anbieten, denn für Infostände und einen politischen Kampf gegen Ungerechtigkeit brauchen wir Wissen und politisches Handwerkzeug.

Im kommenden Jahr wollen wir auch in abgehängte und wirtschaftlich schwächere Stadtteile mobilisieren und die Büros dort wiederbeleben, um den Menschen vor Ort zu zeigen, dass sie nicht alleine sind. Stadtteil abhängig wollen wir verschiedene Aktionen und politische Bildungsveranstaltungen anbieten.

Wir wollen uns für einen starken Bremer Landesverband einsetzen, der für ein gutes Leben für alle kämpft.